

# Oberharz

## Windpark: Mehr Zeit für Bürgerbeteiligung gefordert

FDP und zwei Ratsmitglieder wollen wegen der Ferien die Frist für Einwände verlängern – Interessengemeinschaft appelliert an die Oberharzer

Von Corinna Knoke

**Clausthal-Zellerfeld.** Wenn ein Windpark geplant werden soll, ist der Weg lang. Beim Vorhaben in Werk Tanne läuft das Verfahren inzwischen seit rund zwei Jahren. Damals wurde erstmals öffentlich über den sogenannten „Masterplan“ gesprochen, mit dem die Halali-Verwaltungsgesellschaft als Eigentümerin des Areals dort Windräder errichten will. Nun sorgt die nächste Etappe des Verfahrens für Diskussionen: Die FDP-Fraktion sowie die Ratsmitglieder Carmen Mika und Karl-Heinz Ehrenberg beantragen mehr Zeit für die Öffentlichkeitsbeteiligung.

Hintergrund ist die aktuelle Auslegung der Unterlagen zur 95. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan 68/1. Vom 28. Juli bis zum 31. August können die Bevölkerung sowie Behörden ihre Einwände einreichen. Die FDP-Fraktion sowie die zwei Ratsmitglieder halten diesen Zeitraum angesichts der Sommerferien für ungünstig und haben deshalb für den Verwaltungsausschuss einen Antrag auf Verlängerung der Beteiligungsfrist gestellt.

### Familien sind in den Ferien verneigt

Die Sommerferien in Niedersachsen begannen am Donnerstag, 2. Juli, und endeten am vergangenen Mittwoch, 12. August. Rund zwei Wochen der insgesamt 35-tägigen Frist fielen damit in die Ferienzeit. Gerade die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung solle dazu dienen,

**Zum geplanten Windpark in Werk Tanne läuft aktuell die Öffentlichkeitsbeteiligung, auch wenn aus der Politik jetzt Kritik zu dem Zeitpunkt geäußert wird.**

Foto: Knoke



„Wissen, Sorgen, Bedenken und Wünsche aus der Bevölkerung“ möglichst früh in die Planung einfließen zu lassen, argumentieren die Antragsteller. In den Ferien seien jedoch viele Menschen verneigt, Kinder und Jugendliche nicht am Ort und auch Behörden teilweise nur eingeschränkt besetzt. Eine Verlängerung würde aus Sicht der Befürworter deshalb helfen, noch mehr Menschen eine

Beteiligung zu ermöglichen. Der allgemeine Vertreter der Bürgermeisterin, Michael Strübig, erklärt auf GZ-Nachfrage, dass eine Verlängerung der Beteiligungszeitrahmens grundsätzlich möglich sei. Üblicherweise werde eine Frist von mindestens 30 Tagen angesetzt, nach oben sei ihm keine Grenze an Tagen bekannt. Allerdings dürfe die Beteiligung auch nicht unendlich in die Länge gezo-

gen werden, schließlich solle das Verfahren irgendwann zu einem Abschluss kommen. Zudem merkt Strübig an, dass die Eingaben im Idealfall auf elektronischem Weg gemacht werden sollen. Das sei rund um die Uhr und von überall auf der Welt aus möglich.

### Antrag für ein nicht-öffentliches Gremium

Da es sich um einen Antrag für eine nichtöffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses handelt, hält sich Strübig ansonsten zu den Details zurück. Er bestätigt lediglich, dass die notwendigen Verfahrensschritte derzeit so umgesetzt würden, wie von den Antragstellern gewünscht. Weil bis Ende August nur wenig Zeit für eine reguläre Sitzung bleibe, sei auch ein sogenanntes Umlaufverfahren möglich. Dabei würden die Mitglieder des Verwaltungsausschusses schriftlich über den Antrag abstimmen und müssten sich nicht erst gemeinsam treffen. Sollten sie eine Verlängerung beschließen, wird dies laut Strübig erneut öffentlich bekannt gemacht.

Politisch hatte das Windpark-Thema zuletzt eine kurze Pause eingelegt.

Nach der Ratssitzung im Juni einigte sich der Rat – denkbar knapp mit einem Patt von 15 zu 15 Stimmen – darauf, zunächst die Fachgutachten abzuwarten. Sie sollen unter anderem Fragen zu Bodenbelastungen, Artenschutz, Trinkwasser und Welterbe klären. Die Planungen sollten also nicht schon vorher gestoppt werden. Genau das hatten die FDP-Fraktion und Ratsherr Alexander Ehrenberg mit zwei gleichlautenden Anträgen erreichen wollen: Die Stadt sollte ihre Unterstützung für das Windpark-Vorhaben beenden.

### Appell der Interessengemeinschaft

Im Mittelpunkt ihrer Kritik stand ein aus ihrer Sicht entstandener Vertrauensverlust gegenüber den Projektplanern. Es sei über längere Zeit der Eindruck vermittelt worden, die Politik könne später noch Einfluss auf die Zahl und die Standorte der Windräder nehmen. Tatsächlich ist das nicht der Fall.

Auch die Interessengemeinschaft für einen lebenswerten Oberharz beschäftigt sich aktuell auf ihrer Homepage mit dem laufenden Beteiligungsverfahren. Die im April vergangenen Jahres gegründete Gruppe lehnt die Windparkpläne seitdem deutlich ab und hat bereits, wie berichtet, eine Petition mit mehr als 1000 Unterschriften im Stadtrat übergeben. Auf ihrer Internetseite ruft die Interessengemeinschaft nun dazu auf, bei der Öffentlichkeitsbeteiligung „wieder genau hinzuschauen und Stellung zu nehmen“.

Nachnutzungsideen für Werk Tanne und eine Erweiterung von Gewerbe- und Industrieflächen seien grundsätzlich zu begrüßen, betont die Interessengemeinschaft. Wegen der sensiblen Altlastensituation müsse die weitere Planung jedoch besonders verantwortungsvoll erfolgen.

Je mehr Bürgerinnen und Bürger sich sachlich und konkret beteiligten, desto deutlicher werde, welche Fragen vor einer weiteren Planung noch beantwortet werden müssten.



Bei der Ratssitzung im Juni ist das Ergebnis denkbar knapp, der Antrag zum Windparkstopp findet allerdings keine Mehrheit.

## TU Clausthal sieht Abriss alter Gebäude als letzte Konsequenz

Der millionenschwere Neubau des Chemie-Campus wirft die Frage auf, was mit leer stehenden Immobilien der Universität geschieht

**Clausthal-Zellerfeld.** Während außen Bagger die Pflasterarbeiten vorbereiten, und innen schon an der Einrichtung gearbeitet wird, hat Niedersachsens Wissenschaftsminister Falco Mohrs (SPD), wie berichtet, das größte Bauprojekt der TU Clausthal seit Jahrzehnten besichtigt: den Chemie-Campus. Im Zusammenhang mit dem millionenschweren Neubau stellt sich auch die Frage, wie die TU Clausthal künftig mit verlassenen und leerstehenden Gebäuden umgehen will. Universitätspräsidentin Dr. Sylvia Schattauer sprach laut einer Pressemit-

teilung der Hochschule dabei auch einen möglichen Abriss als letzte Konsequenz an.

„Wir müssen über Nachnutzungskonzepte sprechen, zum Beispiel für das historische Chemie-Gebäude in der Paul-Ernst-Straße“, sagte Schattauer.

Solche Vorhaben seien allerdings nicht zum Nulltarif zu realisieren. Bevor Gebäude wie das ehemalige Erdölinstitut in der Walther-Nernst-Straße oder die alte Mensa in der Clausthaler Innenstadt zu „Lost Places“ verkommen und damit die Attraktivität der Hochschule schmälern, müsse

letztlich auch der Abriss und das Recycling nutzbarer Sekundärrohstoffe in Erwägung gezogen werden.

Für den ersten Bauabschnitt des Chemie-Campus sind rund 38 Millionen Euro veranschlagt. Zusammen mit dem zweiten Bauabschnitt sollen nach aktuellem Stand rund 90 Millionen Euro investiert werden. Im neuen Chemie-Campus will die TU Clausthal ihre chemischen Institute durch Umzüge und Umbauten künftig an einem Standort bündeln. Der erste Abschnitt ist inzwischen weit fortgeschritten: Neben dem Bau des

vierschossigen Praktikumsgebäudes wird das Horst-Luther-Hörsaalgebäude saniert.

„Wir freuen uns schon auf das kommende Sommersemester, wenn das neue Praktikumsgebäude und die renovierten Hörsäle genutzt werden können“, sagte Schattauer. Damit sei eine weitere Attraktivitätssteigerung der TU Clausthal verbunden, gerade auch für die Studierenden. Bei der Grundsteinlegung im November 2024 war Mohrs ebenfalls vor Ort und zeigte sich erfreut, dass die Arbeiten gut im Zeitplan liegen würden. red



Der Chemie-Campus in der Leibnizstraße nimmt immer mehr Gestalt an. Foto: Ernst/TU Clausthal